



RENATE RASTÄTTER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Renate Rastätter MdL, K.-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

Stuttgart, den 20.04.2011

70173 STUTTGART  
Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
Telefon (0711) 2063-680  
Telefax (0711) 2063-660  
renate.rastaeetter@gruene.landtag-bw.de

76185 KARLSRUHE  
Auf den Eiswiesen 9

### **Ihr Schreiben: Beabsichtigte Streichung von Lehrerstellen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für Ihre Schreiben, in denen Sie Ihre Betroffenheit und Besorgnis über die in der Presse berichtete Absicht der künftigen grün-roten Regierungskoalition, Lehrerstellen zu streichen, zum Ausdruck gebracht haben. Wir freuen uns, dass Sie sich direkt an uns gewandt haben, denn dadurch besteht die Möglichkeit, den durch den Zeitungsbericht entstandenen Eindruck, dass wir an der Bildung sparen wollen, zu entkräften.

Zu Recht verweisen Sie in Ihren Schreiben darauf, dass für Qualitätsverbesserungen an den Schulen, vor allem für die Verbesserung der individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler, mehr und nicht weniger Lehrerstellen benötigt werden. Ich kann noch hinzufügen, dass wir auch zusätzliche Lehrerstellen für den Ausbau und die professionelle Ausstattung der Ganztagschulen, den Abbau der Unterrichtsdefizite und des Unterrichtsausfalls, für die Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen sowie für die von uns angestrebten Gemeinschaftsschulentwicklung, brauchen. Deshalb ist es unser erklärtes Ziel, den Schulen zusätzliche Lehrerstellen in erheblichem Umfang zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der demografischen Entwicklung mit dem starken Schülerrückgang ist es uns möglich, in den nächsten Jahren auf einen Abbau von rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen zu verzichten, und die notwendige Qualitätsverbesserung schrittweise umzusetzen. Wir tun dies, weil wir eine klare Priorität auf eine bessere Bildung für unsere Kinder in den Schulen setzen.

Ich möchte Ihnen dies anhand einiger Zahlen verdeutlichen. Das Statistische Landesamt hat errechnet, dass es bis zum Jahr 2020 rund 20 % weniger Schülerinnen und Schüler an den Schulen geben wird, mancherorts sogar bis zu 30 %. Insgesamt könnten somit rund 20.000 Lehrerstellen eingespart werden, wenn das derzeitige Niveau der Unterrichtsversorgung fortgeschrieben würde. Bis zum Jahr 2016 sind dies bereits nahezu 10.000 Lehrerstellen, die rechnerisch eingespart werden könnten. Wir werden die Lehrerstellen aber gerade nicht analog zum Rückgang der Schülerzahlen abbauen, sondern im Gegenteil Tausende dieser Stellen für die Qualitätsverbesserung an den Schulen einsetzen. Damit tun wir genau das, was Sie von uns erwarten und mit Ihrem Schreiben einfordern.

Möglicherweise sind Sie der Meinung, dass wir alle durch den Schülerrückgang frei werdende Lehrerstellen an den Schulen belassen sollen. Es gibt aber drei zwingende Gründe, warum wir das nicht können.

Erstens ist es angesichts der knappen Ressourcen nur gerechtfertigt, so viele zusätzliche Lehrerstellen an den Schulen einzusetzen wie benötigt werden, um die angestrebten Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Auch die Verbesserung der Unterrichtsqualität muss in den Blick genommen werden. Hier ist vor allem die Lehreraus- und Fortbildung gefragt. Zudem müssen die zusätzlichen Ressourcen effizient und zielgenau eingesetzt werden. Zweitens gibt es außer den Schulen ja noch weitere Bildungseinrichtungen, für die hohe zusätzliche Investitionen erforderlich sind.

Drittens haben wir von der schwarz-gelben Regierung einen extrem hohen Schuldenberg geerbt und sind zur Haushaltskonsolidierung verpflichtet.

Zu den weiteren Bildungseinrichtungen mit einem hohen zusätzlichen Investitionsbedarf gehören die Kleinkindbetreuung, der Kindergarten sowie die Hochschulen. Auch bei der vorschulischen Bildung wollen wir unser Ziel: „Besser früh investieren statt später reparieren“, konsequent umsetzen. Es geht dabei um den flächendeckenden Ausbau der Kleinkindbetreuung sowie die verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans im Kindergarten. Ohne bessere Rahmenbedingungen, unter anderem einen verbesserten Personalschlüssel, wird das nicht möglich sein. Schließlich stehen noch die Abschaffung der Studiengebühren und der Einstieg in ein kostenfreies Kindergartenjahr zur Debatte. Ohne

gewaltige finanzielle Kraftakte sind diese beiden zuletzt genannten Entwicklungen ohnehin überhaupt nicht denkbar.

Was unsere Handlungsspielräume massiv belastet sind die extrem hohen Schulden, die uns die schwarz-gelbe Regierung hinterlassen hat. Der offizielle Schuldenstand Baden-Württembergs beträgt 45 Milliarden Euro. Dazu kommen noch diverse Schattenhaushalte, durch die die faktische Verschuldung noch viel höher ist. Das strukturelle Haushaltsdefizit beträgt 1 Milliarde Euro jährlich. Das bedeutet, dass wir über viele Jahre hinweg eine jährliche Deckungslücke von 1 Milliarde Euro haben werden. Wir Grünen haben uns in unserem Wahlprogramm ganz klar zur Haushaltskonsolidierung verpflichtet, weil wir unserer jungen Generation auch im finanziellen Bereich keine unlösbaren Altlasten aufbürden dürfen. Wir müssen deshalb Einsparungen im Landeshaushalt erreichen, streben aber auch eine Verbesserung der Einnahmen an. Diese geplanten Einsparungen gehen aber nicht auf Kosten der Bildung, da wir alle rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen in den Bildungseinrichtungen zum Ausbau und zur Qualitätsverbesserung einsetzen werden.

Abschließend möchte ich nochmals betonen, dass wir der Bildung in unserem Regierungsprogramm höchste Priorität einräumen werden. Wir werden zusätzliche Mittel in die Schulen, die Kleinkindbetreuung, den Kindergarten sowie die Hochschulen investieren. Ich bitte aber um Ihr Verständnis, dass wir bei den zusätzlichen Investitionen in die Schulen aufgrund des Schülerrückgangs nach dem Erreichen der Qualitätsverbesserung eine Grenze setzen müssen. Ich sichere Ihnen zu, dass wir mit Ihnen sowie grundsätzlich mit den Eltern, den Lehrkräften und Schulleitern, den Kommunen sowie den Bildungsverbänden in einen offenen und transparenten Verständigungsprozess darüber gehen werden, wie unser Bildungswesen gerecht und leistungsstark ausgestaltet werden muss und wie die zusätzlichen Mittel, die wir in die Bildung investieren, effizient eingesetzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen



Renate Rastätter MdL